

Editorial

## Fordern und Fördern

Unsere Rankings erfreuen sich steigender Beliebtheit. Ob wir die Standortqualitäten der deutschen Großstädte bewerten oder die Fortschritte bei den Bildungsstandards der Länder dokumentieren – die Bürger interessiert es offensichtlich brennend, wo ihr Land, ihre Stadt, ihre Hochschule stehen. Wie Sie diesem Initiative Express entnehmen können, haben wir uns nun auch Kindergärten und Regionen vorgenommen. Wieder mit riesiger Resonanz der Medien und Bürger. Das freut uns natürlich. Denn die Rankings verdeutlichen die Philosophie unserer Initiative: Sie machen die Stärken und Schwächen im Vergleich sichtbar und lösen Verbesserungsdebatten aus. Jeder kann vom anderen lernen. Keiner ist auf ewig oben oder unten. Wir können unsere wirtschaftlichen und sozialen Probleme lösen, wie viele „best practice“-Beispiele im eigenen Land beweisen – und brauchen die Schuld nicht „der Globalisierung“ in die Schuhe zu schieben.

Eine bundesweite Debatte, wie wir sie uns wünschen, hat das erste Regionalranking der INSM ausgelöst. In den schwächeren Regionen setzte eine Ursachendiskussion darüber ein, warum zum Beispiel der Süden wirtschaftlich so stark punktet – und der Ruf nach Konsequenzen ist laut geworden. So verabredeten sich elf Bürgermeister in Brandenburg, rund um den Flughafen Schönefeld eine Zukunftsregion aufzubauen, wie sie in der Nachbarschaft des Airports München bereits entstanden ist. Ein richtiger Schritt auf einem langen Weg, den die elf Bürgermeister aber ruhig optimistisch angehen können. Denn schließlich hat das heutige Vorbild Bayern auch mal klein angefangen und war bis 1986 Kostgänger der damals starken Bundesländer.

Die Beliebtheit der Rankings zeigt überdies, dass die Deutschen alles andere als wettbewerbsfeindlich sind. Wettbewerb ist eine entscheidende Triebfeder zur Ergebnisverbesserung – und dient damit dem Gemeinwohl. Allen Unterstützern, Freunden unserer Initiative, aber auch jenen, die uns konstruktiv kritisch begleiten, wünschen wir in diesem Sinne ein erfolgreiches 2007!

Herzlichst

Ihre

Max A. Höfer

Dieter Rath

INSM-Regionalranking:

## Bundesweite Debatte über Stärken und Schwächen der Kreise und kreisfreien Städte

**Köln** - In ganz Deutschland hat das am 15. November veröffentlichte erste INSM-Regionalranking ein breites Echo ausgelöst. 300 Zeitungen und Presseagenturen berichteten in mehr als 400 Artikeln und Meldungen über die Ergebnisse. Die Studie zeigt, dass im Süden und Südwesten wirtschaftlich gesehen die Top-Performer sitzen, allen voran die Region München. Der Landkreis München erreichte bundesweit Platz 1 – er punktete unter anderem bei Indikatoren wie „Kaufkraft“ und „Einkommen“. Darüber hinaus gab es aber auch unerwartete Glanzlichter bei wichtigen Einzelindikatoren – so belegte die Stadt Leipzig bei der Gründungsdynamik Platz 7 bundesweit.



*Düsseldorfs OB Joachim Erwin sah das Ranking der INSM als Anstoß zum Handeln.*

Interessanter noch war die breit gefächerte Debatte über die Stärken und Schwächen der Regionen, die das Ranking über die Einzelindikatoren bundesweit vergleichbar offenlegte. Düsseldorfs Oberbürgermeister Joachim Erwin (Foto) reagierte prompt auf das INSM-Ranking. In einem Brief an den Polizeipräsidenten forderte Erwin dazu auf, einen runden Tisch zur „Verringerung der Kriminalität in Düsseldorf“ ins Leben zu rufen. Grund: Die ansonsten hervorragend bewerte-

te NRW-Landeshauptstadt Düsseldorf war beim Indikator „Straftaten“ bundesweit nur auf Rang 427 von 435 Kreisen und kreisfreien Städten gelandet, die Wissenschaftler auf ihre ökonomische, soziale und strukturelle Standortqualität untersucht hatten.

Mehr Informationen zum Ranking und weitere Reaktionen aus Politik und Wirtschaft auf der nächsten Seite. >

INSM-Regionalranking – mehr Informationen

## Der wissenschaftliche Hintergrund

Exklusiv für die INSM haben Wissenschaftler der **Institut der deutschen Wirtschaft Consult GmbH** 435 Landkreise und kreisfreie Städte unter die Lupe genommen. 47 ökonomische, strukturelle Indikatoren wurden in die Untersuchung einbezogen: darunter Arbeitsplatzversorgung, Ausbildungsplatzdichte, Demografie, Gründungsdynamik, Langzeitarbeitslosigkeit, öffentliche Investitionsquote, Verschuldung, Anteil der Arbeitsplätze in Wachstumsbranchen.

Die Indikatoren wurden zu den Gruppen Wohlstand, Arbeitsmarkt, Wirtschaft, Struktur, Standort und Staat zusammengefasst. Im Gesamtranking wurden die sechs Gruppen zusammengeführt, so dass das übergeordnete Standortpotenzial der jeweiligen Region deutlich wird. Im Internetportal [www.insm-regionalranking.de](http://www.insm-regionalranking.de) findet sich ein Glossar, in dem alle Indikatoren genauer erläutert werden. Auf dieser Website sind auch ausführliche Informationen zur Methodik der Studie hinterlegt.

<b>Die Erstplatzierten auf Bundes- und Landesebene</b>	
<b>Bundessieger</b>	<b>Landkreis München</b>
<b>Weitere Sieger innerhalb der jeweiligen Bundesländer sind:</b>	
Baden-Württemberg	Landkreis Böblingen
Brandenburg	Stadt Potsdam
Hessen	Main-Taunus-Kreis
Meckl.-Vorpommern	Landkreis Ludwigslust
Niedersachsen	Stadt Wolfsburg
Nordrhein-Westfalen	Stadt Düsseldorf
Rheinland-Pfalz	Landkreis Mainz-Bingen
Saarland	Landkreis St. Wendel
Sachsen	Stadt Dresden
Sachsen-Anhalt	Ohrekreis
Schleswig-Holstein	Landkreis Stormarn
Thüringen	Stadt Jena

*Die Stadtstaaten Hamburg, Bremen, und die Bundeshauptstadt Berlin wurden wegen stark abweichender Strukturen nicht untersucht.*

Auf [www.insm-regionalranking.de](http://www.insm-regionalranking.de) lassen sich alle Kreise und kreisfreien Städte bundes- und landesweit sowie auch nach Einzelindikatoren interaktiv in Ranglisten darstellen. Hier finden Sie den Endbericht zur Studie sowie Definitionen zu den Indikatoren.

INSM-Regionalranking – Politik- und Medienresonanz

## „Es wäre falsch, jetzt die Hände in den Schoß zu legen!“

„Es ging uns bei diesem Regionalranking darum, Ursachen für Standortprobleme im Vergleich mit anderen Regionen transparent zu machen“, erklärt INSM-Geschäftsführer Dieter Rath. Das Ranking solle Anstoß geben, die Bedingungen in weniger starken Regionen zu verbessern – schließlich würden durch die Studie regionale „best practices“ zur Nachahmung empfohlen. Zudem könnten auch prosperierende Kreise und Städte sich anbahnende Probleme erkennen. Über all das diskutierte man landauf landab.

■ Die **Lübecker Nachrichten** setzten sich mit dem Süd-Nord-Gefälle bei Wohlstand, Wirtschaft und Arbeitsmarktpower auseinander. „Die gute Bilanz für den Süden ist der Beleg jahrzehntelanger zielstrebigster Förderpolitik zugunsten dieser Region“, zitierte das Blatt den schleswig-holsteinischen Wirtschaftsminister Dietrich Austermann.



*Dietrich Austermann*

■ Mit der Süd-Nord-Kluft befasste sich auch die **Welt am Sonntag**. Das Blatt fragte, was geschehen müsse, um im Norden die „nötige Aufbruchstimmung zu erzeugen und in den Medien zu transportieren“. Fazit: „Die Antwort, die sich aus der jüngsten Untersuchung der deutschen Regionen ergibt, müsste die Politik und die Wirtschaft der Küstenländer aufrütteln.“

■ Nach einem Bericht der **Passauer Neuen Presse** befassten sich auch die Jungsozialisten im Landkreis Passau mit dessen Abschneiden im INSM-Regionalranking. Die jungen Sozialdemokraten verwiesen darauf, dass der Landkreis Passau bayernweit nur den 73. Rang unter 96 Landkreisen und kreisfreien Städten belegt habe und forderten den Landrat auf, „die Schönfärberei zu lassen“. Die INSM-Studie habe gezeigt, dass Zukunftsbranchen in der Region absolut unterrepräsentiert seien. Hier müsse man gegensteuern, sonst würden junge und hoch qualifizierte Menschen zwangsweise abwandern.

■ Zur relativ geringen Gründungsdynamik im Rhein-Kreis Neuss erklärte der IHK-Geschäftsführer Rainer Növer gegenüber der **Neuss-Grevenbroicher Zeitung**: „Dass die Gründungsdynamik im Rhein-Kreis Neuss relativ gering ist, hat die IHK in der Vergangenheit bereits dazu veranlasst, hier verstärkt Existenzgründer-Tage zu >

veranstalten.“ Der Rhein-Kreis Neuss könne sich sehen lassen, „doch wäre es falsch, jetzt die Hände in den Schoß legen“.

■ Freude herrschte im Landkreis Teltow-Fläming über den dritten Platz in Brandenburg. Landrat Peer Giesecke gegenüber der **Märkischen Allgemeinen Zeitung**, MAZ: „Ich bin stolz, dass wir ganz vorn dabei sind und dass wir dies kontinuierlich in mehreren Rankings geschafft haben.“ Vor allem Platz 1 bei der Produktivität sei „einfach klasse“. Negativ sei er nach Angaben des Blattes durch die hohe Quote an Langzeitarbeitslosen überrascht worden: „Diese Zahl werde ich mir dick ankreuzen.“

■ Das INSM-Ranking habe aufgezeigt, welche starke Wachstumsimpulse der Flughafen München für die Region gesetzt hat. Nach diesem Vorbild wollen elf Brandenburger Bürgermeister rund um den Flughafen Schönefeld einen Zukunftsraum „östliches Berliner Umland“ errichten. „Die Stadtoberrhäupter von Altlandsberg, Erkner, Fredersdorf-Vogelsdorf, Grünheide, Hoppegarten, Neuenhagen, Petershagen-Eggersdorf, Rüdersdorf, Schöneiche, Strausberg und Woltersdorf verkünden das Prinzip Kooperation statt Konkurrenz“, meldete die **Märkische Oderzeitung**.

■ Reinhard Schermann, Landrat des Kreises Göttingen, sah die Ergebnisse des INSM-Regionalrankings nach einem Bericht der **Hessisch-Niedersächsischen Allgemeinen** als Ansporn, die Anstrengungen noch zu verstärken. „Schließlich verfügen wir über leistungsfähige mittelständische Firmen, über exzellente Wissenschaftler und gut ausgebildete Fachkräfte“.

■ „Landkreis im Überfluss und im Mangel“, schreibt die **Mittelbayerische Zeitung** über das Ergebnis für den Landkreis Neumarkt. Im Ranking hatte der Kreis sehr gut bei der Ausbildungsplatzdichte und bei den öffentlichen Schulden abgeschnitten. Dann kommt der Bericht aber auch auf die Probleme zu sprechen: „Es fehlt im Kreis an hoch qualifizierten Arbeitskräften.“ Ebenso gebe es im Kreis vergleichsweise wenig Beschäftigte in schnell wachsenden Branchen. „Zahlen, die auch im Landratsamt Anlass zur Sorge sind“, resümiert das Blatt.

■ Der Vorsitzende des Unternehmensverbandes Ostholstein-Plön, Hans-Peter Wandhoff, kommentierte das relativ schlechte Abschneiden Schleswig-Holsteins und des Kreises Ostholstein nach einem Bericht der **Lübecker Nachrichten** so: „Gut geht es den Menschen dort, wo die Politik schon seit langem die Weichen für ein positives Wirtschaftswachstum gestellt hat. Dass in diesem Zusammenhang Bayern und Baden-Württemberg oben genannt werden,

ist nur normal.“ Scharf kritisierte Wandhoff die schleswig-holsteinische Landesregierung: „800 Seiten voller sinnvoller und guter Vorschläge zum Bürokratieabbau lagern in Kiel, ohne dass etwas passiert. Es wird eher alles noch komplizierter. Ist das die Neue Soziale Marktwirtschaft oder vielmehr die neue zentrale Kontrollwirtschaft?“

**Mehr Medienresonanzen quer durch die Regionen finden Sie im Internet: [www.insm-tagebuch.de](http://www.insm-tagebuch.de).**

**Mehr als 30 Professoren und andere Experten unterstützen Initiative für mehr Dynamik:**

## **INSM-Manifest: Nur mehr Wachstum bringt mehr Wohlstand für alle!**

**Köln** – Reformen sind nicht Selbstzweck, sondern sorgen für mehr Wachstum – und das schafft mehr Wohlstand und soziale Sicherheit für alle. So lässt sich der Tenor des Wachstumsmanifestes auf den Punkt bringen,

das die INSM am 15. September in bundesweit geschalteten Anzeigen der Öffentlichkeit präsentierte. Erstunterzeichner des Papiers war der INSM-Kuratoriums vorsitzende



*Die Professoren Lutz Arnold und Ulrich van Suntum unterstützen das Wachstumsmanifest der INSM.*

Hans Tietmeyer. Darüber hinaus stellten sich mehr als 30 Professoren und andere Experten durch ihre Unterschrift hinter das Manifest.

Zu Beginn betonen die Unterzeichner, dass die unter Rot-Grün begonnenen „teilweise unbequemen Reformen am Arbeitsmarkt und im Sozialstaat zu wirken beginnen“.



Deswegen, aber auch weil die Unternehmen „notwendige Umstrukturierungen durchgeführt“ hätten, gehe es nach langer Flaute in Deutschland wieder aufwärts: „Seit Januar dieses Jahres sind 200.000 neue Stellen entstanden. Auch die Steuereinnahmen steigen und liegen jetzt schon um 20 Milliarden Euro über denen des Vorjahres.“ >

Doch weitere Reformen müssten nun folgen, damit daraus ein nachhaltiger Aufschwung wird.

Die Unterzeichner des Manifestes sind davon überzeugt, dass erst nachhaltiges Wachstum das „wirtschaftliche Fundament“ für einen funktionierenden Sozialstaat schaffen kann. „Eine starke Wirtschaft ist eine wachsende, sich erneuernde Wirtschaft. Nur sie ermöglicht Wohlstand für alle“, heißt es dazu weiter. Um das zu ermöglichen, fordert das Manifest die weitere Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, Wettbewerb im Gesundheitssystem, mehr Kapitaldeckung in der Renten- und Pflegeversicherung sowie eine deutlich bessere Bildung – auch im vorschulischen Bereich: „Auch für unsere Volkswirtschaft gilt: Nur mit einem hohen Bildungsniveau werden wir uns im internationalen Wettbewerb behaupten können.“

Zum Schluss nimmt das INSM-Manifest die Kanzlerin in die Pflicht: Angela Merkel habe zu Recht in der jüngsten Haushaltsdebatte erklärt: „Wir dürfen unsere Zukunft nicht verbrauchen.“ Deshalb sei „eine Politik, die dynamisches Wachstum ermöglicht, so dringlich“, betonen die Unterzeichner und schließen mit dem Satz: „Wir fordern die Verantwortlichen auf, den Worten auch Taten folgen zu lassen - jetzt!“

**Internet:** [http://www.insm.de/Reformpolitik/INSM-Wachstumsmanifest\\_Warum\\_Deutschland\\_mehr\\_Wachstum\\_braucht.html](http://www.insm.de/Reformpolitik/INSM-Wachstumsmanifest_Warum_Deutschland_mehr_Wachstum_braucht.html)



**Wachstumspegel:** Zur Vorstellung des Herbstgutachtens der sechs führenden Wirtschaftsforschungsinstitute im Oktober stellte die INSM am Schiffbauerdamm einen Wachstumspegel auf. Mit Fahnen war an einer Prozentskala markiert, wo andere Länder beim Wachstum stehen. Dieser Pegel wird von nun an in regelmäßigen Abständen in Berlin zum Einsatz kommen und soll die Politik daran erinnern, dass Deutschland mehr Wachstum braucht, um seine wirtschaftlichen und sozialen Probleme zu lösen.

**Angebot versus Nachfrage:**

## Hüther und Horn stritten über Wege zu mehr Wachstum und Beschäftigung

Berlin – „Neuer Aufschwung, alter Streit“ – unter dieser Schlagzeile berichtete die Frankfurter Rundschau am 10. Oktober über ein Streitgespräch, das die INSM in Berlin veranstaltet hatte. Kontrahenten



*Disput in Berlin: Dr. Gustav Horn und Professor Michael Hüther auf dem Podium. Mitte: Dr. Ursula Weidenfeld, Stellv. Chefredakteurin des Tagesspiegel.*

waren PD Dr. Gustav A. Horn, Leiter des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung, und Prof. Dr. Michael Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) sowie Berater der INSM. Bei dem von Dr. Ursula Weidenfeld (Tagesspiegel) moderierten Disput vor rund 150 Zuhörern in der rheinland-pfälzischen Landesvertretung in Berlin ging es um die Frage, wie Deutschland zu mehr Wachstum kommt und worin die Ursachen für den Aufschwung im abgelaufenen Jahr lagen.

Mit Hüther war auf dem Podium ein Repräsentant der angebotsorientierten Denkschule in der Ökonomie vertreten, mit Horn einer der prominentesten Protagonisten des nachfrageorientierten Lagers. Die Positionen

### Neuer Aufschwung, alter Streit

Die beiden großen wirtschaftspolitischen Lager sehen ihre Position durch die Konjunkturerholung

VON MARCEL BEHRE

Eigentlich sollte das Auktions- und gemeindefreie Ende sein: Die deutsche Wirtschaft wächst so stark wie noch nie in diesem Jahrtausend. Die Beschäftigung steigt, steigt übersteigt die Arbeitslosenquote 2007 ein- einige Monate der Schwäche von vier Millionen unterschritten. Die Haushaltsdefizite sinken und die Unternehmensinvestitionen kräftigen. Der Staat ist endlich wieder im schwarzen. Nur das Thema hat sich nicht geändert. Warum bildet die größte Nation der Europäischen Union Hinterbühler? Das ist die Frage, die sich die beiden Lager stellen. Und was hat das Land des Lautes gebracht? Hierin steht sich die aktuelle Debatte. Hüther gegen Horn



*Die Frankfurter Rundschau berichtete breit über das INSM-Podium von Michael Hüther und Klaus F. Zimmermann.*

dieser beiden Denkrichtungen in der Wirtschaftswissenschaft „prallten in gewohnter Heftigkeit aufeinander, als sich zwei Hauptdarsteller in Berlin eine Meinungsschlacht lieferten“, so die FR über das Treffen der Wissenschaftler.

Professor Hüther sah die boomende Weltwirtschaft als eine zentrale Ursache für den Aufschwung. Zudem zeigten die Reformen der Agenda 2010 Wirkung. „Dieser Weg muss nun konsequent weiter gegangen werden“, so Hüther. Er forderte dazu auf, den Haushalt zu konsolidieren und die Investitionsbedingungen zu verbessern. Ökonom Horn dagegen meinte, dass die Agenda 2010 nichts genützt, sondern sogar geschadet hätten, weil sie mitten in der Konjunkturkrise die Kaufkraft der kleinen Leute geschwächt hätten. Er trat für eine Stärkung der öffentlichen Investitionen ein und würde dafür auch einen langsameren Abbau des Staatsdefizits in Kauf nehmen.

INSM sponsert „Sportler mit Herz“:

## Preise für Lauflegende Edwin Moses und Dressur-Olympiasiegerin Ann Kathrin Linsenhoff

Frankfurt – Beim Deutschen Sportpresseball am 11. November in Frankfurt erhielten Dressur-Olympiasiegerin Ann Kathrin Linsenhoff und Leichtathletik-Legende Edwin Moses den von der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft gestifteten Preis „Sportler mit Herz“. Ann Kathrin Linsenhoff engagiert sich mit einer Stiftung unter dem Dach der UNICEF unter anderem im Irak, in Ägypten, Afghanistan und in Tschetschenien: Sie ermöglicht Schulunterricht für Kinder in diesen Krisengebieten. Moses ist Vorsitzender der Laureus-Akademie, die weltweit Sportprojekte für benachteiligte Kinder und Jugendliche ermöglicht. Die Preise übergab Gesamtmetall-Hauptgeschäftsführerin Dr. Heike-Maria Kunstmann in Anwesenheit des hessischen Innenministers Volker Bouffier und der Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth.



*Ball-Begegnung: Sportstudio-Moderator Michael Steinbrecher und Dr. Heike-Maria Kunstmann.*

„Die INSM unterstützt die Aktion, weil die Preisträger mit ihrem sozialen Engagement Vorbilder für die Gesellschaft sind und es zudem viele Parallelen zwischen dem Sport und der Wirtschaft gibt: Erfolg kann es nur mit fairen Startchancen, unverfälschtem Wettbewerb



*Viele Prominente aus Sport und Politik hinterließen ihre Autogramme an der INSM-Unterschriftenwand: hier Nationaltrainer Joachim Löw.*

und einer hohen persönliche Leistungsbereitschaft geben“, schrieb die Frankfurter Rundschau über die Ehrung. Weiter hieß es in dem Bericht: „In der Wirtschaft wie im Sport gelten die gleichen Regeln, die zum Erfolg führen: Ein gesunder Wettbewerb als Motor des Geschehens, hoher persönlicher Einsatz der Beteiligten, klare, transparente Regeln und faires Verhalten. Dagegen sind wettbewerbsverzerrende Subventionen für die Wirtschaft so ungesund wie Doping für den Sport.“

Eine Jury hatte im Vorfeld mögliche Preisträger ermittelt. Die Vorschläge waren den Lesern der Zeitschriften „TV Hören und Sehen“ und „kicker“ zur Abstimmung vorgelegt worden. Die Chefredakteure der beiden Blätter Rainer Holzschuh („kicker“) und Uwe Bockelmann (tv Hören und Sehen) sowie INSM-Geschäftsführer Dieter Rath gehörten zur Jury.



*Fototermin zur Preisverleihung: Hessens Innenminister Volker Bouffier, Ann Kathrin Linsenhoff, Edwin Moses, Frankfurts OB Petra Roth und Gesamtmetall-Hauptgeschäftsführerin Dr. Heike-Maria Kunstmann.*

Kooperation mit der Zeitschrift ELTERN

## INSM-Studie weist nach: Frühkindliche Bildung vor der Schule rechnet sich für den Staat

Berlin – Pädagogik-Experten wie Professor Dieter Lenzen, Präsident der Freien Universität Berlin und Berater der INSM, warnen seit langem vor einer Zunahme der Bildungsarmut in Deutschland. Die Probleme entstehen bereits im frühkindlichen Alter. Fehlende Förderung in der Lebensphase zwischen 3 und 5 Jahren hinterlässt Defizite, die später kaum noch auffolbar sind. Deshalb macht sich die INSM für bessere Kindergärten stark, die zudem flächendeckend kostenlos sein sollten. Im Auftrag



Autor der Studie und wissenschaftlicher Berater der INSM: Dr. Axel Plünnecke.

der Initiative erarbeiteten Wissenschaftler des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln die Studie „Nutzen und Kosten eines kostenlosen Kindergartens für alle Kinder zwischen 3 und 6 Jahren“.

Autor Dr. Axel Plünnecke, wissenschaftlicher Berater der INSM: „Kindergärten in Deutschland müssen nicht nur besser, sie müssen auch besser

besucht werden. Doch viele Verbesserungsvorschläge werden – oft mit Hinweis auf die Kosten – nicht umgesetzt. Unsere Studie zeigt aber, dass sich Investitionen in die frühkindliche Bildung bereits nach wenigen Jahren rechnen.“

Die INSM-Studie kommt zu dem Ergebnis, dass die Bereitstellung zusätzlicher Betreuungspätze und die Höherqualifizierung der Erzieher und Erzieherinnen den Staat jährlich rund 1 Milliarde Euro kosten. Die Abschaffung der Kita-Gebühren für die Eltern schlägt mit etwa 2,6 Milliarden Euro p. a. zu Buche. Damit ergibt sich insgesamt ein Finanzbedarf von ca. 3,6 Milliarden Euro pro Jahr. Diese Kosten werden mittel- und langfristig wieder eingespielt. Wenn deutlich mehr Kinder vorschulische Bildung in gleichzeitig besseren Kindergärten erfahren, fallen künftig deutlich weniger Kosten für teure Nachschulungen und berufsvorbereitende Maßnahmen an. Die INSM-Studie rechnet hier mit einer Entlastung von mindestens 1 Milliarde Euro jährlich.

Dank besserer Betreuungs-Infrastruktur ist außerdem mit einer steigenden Frauenerwerbstätigkeit zu rechnen – und entsprechend mit steigenden Steuereinnahmen. Darüber hinaus wird durch bessere Qua-

lifizierung die Jugenderwerbstätigkeit zunehmen. Auch daraus ergeben sich positive steuerliche Effekte. Durch eine Herabsetzung des Einschulungsalters um ein Jahr könnte der Staat schließlich etwa 2,9 Milliarden Euro jährlich einsparen.



In diesem Artikel befasste sich die Zeitschrift ELTERN in ihrer am 12. Dezember erschienenen Ausgabe mit der INSM-Studie.

Marie-Luise Lewicki, Chefredakteurin der Zeitschrift ELTERN, widmete der INSM-Studie eine Aufmacherstory in der am 12. Dezember erscheinenden ELTERN-Ausgabe und präsentierte die Ergebnisse am 11. Dezember in der Berliner Bundespressekonferenz. Lewicki: „Für einen guten Start in der Schule und späteren Erfolg im Beruf ist der Kindergarten nachweislich die beste Voraussetzung. Trotzdem besucht jedes zehnte Kind in Deutschland nie eine Vorschul-Einrichtung. Darunter sind viele Mädchen und Jungen aus bildungsfernen Schichten, die ganz besonders von ihr profitieren würden, zum Beispiel weil sie sprachlichen Nachholbedarf haben – die Lesekompetenzen reichen für das Erlernen eines Berufs dann oft nicht aus.“



ELTERN-Chefredakteurin Marie-Luise Lewicki.

Gemeinsam mit der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft setzt sich ELTERN dafür ein, dass Kinder den Kindergarten ab dem 3. Geburtstag kostenlos besuchen können, damit die Hemmschwelle sinkt, das Kind in einer Einrichtung anzumelden. Es sei schwer einsehbar, warum Schulbildung kostenlos ist, frühkindliche Bildung aber nicht.

INSM und Eltern machen sich zudem stark für bundesweit geltende Bildungsstandards in allen Kindergärten, „denn diese dürfen Kinder nicht nur aufbewahren, sondern müssen Kinder wesentlich gezielter als bisher fördern“, so Axel Plünnecke. Er fordert unter anderem, dass Erzieherinnen eine Hochschulausbildung erhalten, „wie sie in allen OECD-Ländern außer Deutschland und Österreich selbstverständlich ist“.

Die Zeitschrift ELTERN stellte zudem öffentlich zur Diskussion, ob der Kindergartenbesuch ab dem vierten Lebensjahr verpflichtend eingeführt werden sollte. 70 Prozent aller befragten Eltern sprachen sich in einer Forsa-Umfrage dafür aus, eine Kindergartenpflicht für einen „Halbtagsplatz ab dem vierten, spätestens dem fünften Geburtstag“ einzuführen. Ähnlich war auch das Ergebnis eines Internet-Votings, an dem sich mehr als 800 Leser von ELTERN beteiligten.

Internet: [www.insm.de/Presse/Pressemeldungen/Pressemeldungen/Neue\\_Studie\\_\\_Investitionen\\_in\\_fruehkindliche\\_Bildung\\_zahlen\\_sich\\_fuer\\_den\\_Staat\\_mehrfach\\_aus.html](http://www.insm.de/Presse/Pressemeldungen/Pressemeldungen/Neue_Studie__Investitionen_in_fruehkindliche_Bildung_zahlen_sich_fuer_den_Staat_mehrfach_aus.html)

Kindergarten & Co.

## Wissenschaftlicher INSM-Vorschultest sieht Berlin auf gutem Weg

Berlin/Köln – „Berlins Kitas sind bundesweit Spitze“, titelte die Berliner Zeitung am 7. Dezember und berief sich dabei auf eine aktuelle Studie der INSM. Die Untersuchung bewertete die Qualität von Kindergärten in allen 16 Bundesländern. Bei der Studie wurden die Rahmenbedingungen, die Gesetze, Bildungspläne und Vorgaben miteinander verglichen, die die Arbeit in den Krippen und Kindertagesstätten prägen. Kriterien waren beispielsweise: Vorhandensein von Sprachtests, Weiterbildungspflicht für Erzieher, Existenz von Gutscheinmodellen oder Gebührenfreiheit der Kindergärten.

Eine positive Bewertung erhielt Berlin unter anderem für Sprachtests, die Kinder bei der Schulanmeldung durchlaufen. Sprachschwächen begegnet man in der Bundeshauptstadt mit besonderen Fördermaßnahmen. Positiv bewerteten die mit der Studie beauftragten Wissenschaftler des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW), dass die Hauptstadt den Bildungs-Wettbewerb unter den Tagesstätten fördert, beispielsweise indem die Eltern über Gutscheine entscheiden können, an welcher Einrichtung ihr Kind betreut werden soll und wo entsprechend die staatlichen Gelder hinfließen.

Die in Bildungsvergleichen sonst nicht erfolgsverwöhnte Bundeshauptstadt schneide nach dieser Studie in den positiven Bewertungen besser ab als die Länder Bayern und Baden-Württemberg, wundert sich die Berliner Zeitung in einem Bericht über die Studie. Die Untersuchung wurde bundesweit in den Medien zitiert – unter anderem auch in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

Internet: [http://www.insm.de/Presse/Pressemeldungen/Pressemeldungen/Laendervergleich\\_Kindergarten\\_\\_Gute\\_Rahmenbedingungen\\_fuer\\_Vorschulkinder\\_in\\_Berlin.html](http://www.insm.de/Presse/Pressemeldungen/Pressemeldungen/Laendervergleich_Kindergarten__Gute_Rahmenbedingungen_fuer_Vorschulkinder_in_Berlin.html)

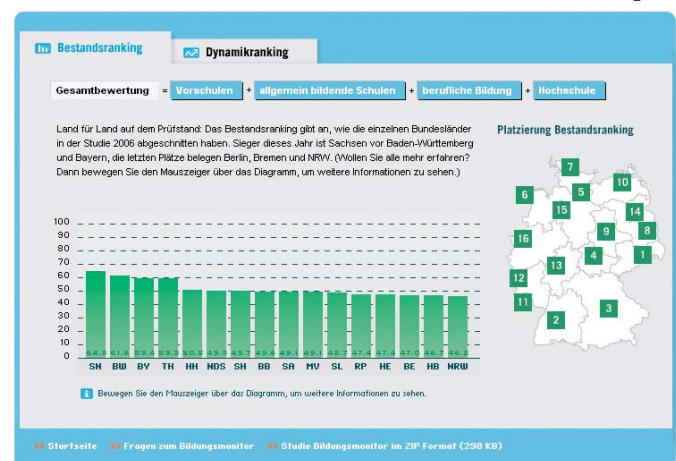
INSM-Bildungsmonitor 2006:

## Im Freistaat Sachsen lernt es sich besser als im Freistaat Bayern

Hamburg/Köln – „Jetzt lernt der Westen vom Osten“, titelte die Wochenzeitung DIE ZEIT in ihrer Ausgabe vom 24. August. Anlass dazu war ein Bericht über den INSM-Bildungsmonitor 2006 – ein umfassender wissenschaftlicher Vergleich der Bildungssysteme in allen Bundesländern. Wissenschaftler des IW Köln haben ihn für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft erstellt. Bayern, das bislang das Abonnement auf einen Spitzenplatz in dieser zum dritten Mal durchgeführten Studie hatte, fällt auf Platz 3 zurück, Sachsen sprintet im Bildungsmonitor 2006 auf Platz 1 vor.

**BILDUNGSMONITOR DEUTSCHLAND**

**INITIATIVE** >  
Neue Soziale Marktwirtschaft



In einem interaktiven Special auf [www.insm.de](http://www.insm.de) sind die Inhalte der komplexen Studie leicht zugänglich gemacht.

Sachsen punktete insbesondere mit vergleichsweise hohen Bildungsausgaben pro Schüler, geringen Durchfallquoten bei Auszubildenden und vielen Hochschulabsolventen in technisch-naturwissenschaftlichen Studiengängen. Die Studie machte auch deutlich, dass ostdeutsche Bundesländer die Eliten für Bayern, Baden-Württemberg und Hessen ausbilden. Junge Akademiker zieht es mangels Chancen in der Heimat in den Westen der Bundesrepublik.

## Jetzt lernt der Westen vom Osten

Spitzenreiter des Bildungsmonitors 2006 ist Sachsen. Das liegt nicht allein an seiner Politik, sondern auch an der Demografie: Wegen der dramatisch gesunkenen Schülerzahlen bleibt pro Kopf mehr Geld

Das Bild des ewigen Siegers bekommt Kratzer. Zum dritten Mal haben wirtschaftsnaher Forscher im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft die Bildungssysteme der Bundesländer verglichen. Der Verlierer des Lab-

angeht. Das ist aber auch eine einzigartige demografische Chance für uns: 50 Prozent der Schüler sollen in Zukunft 70 Prozent der bisherigen Ressourcen bekommen, verspricht Flath und schwärmt von kleinen Klassen und inklusivem Unterricht.

Artikel der ZEIT über den Bildungsmonitor der INSM.

Die Studie, die das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) zum nunmehr dritten Mal im Auftrag der INSM durchgeführt hat, bezieht mehr als 100 Einzelmerkmale ein, darunter die Pisa-Daten, >

Betreuungsrelationen in Kindergärten, Schulen und Unis und Abbrecherquoten. Abgedeckt werden die Bereiche „Vorschulen“, „allgemein bildende Schulen“, „berufliche Bildung“ und „Hochschule“.

Mehr Informationen finden Sie im Internet unter [http://www.insm.de/Interaktiv/Inhalte/Bildungsmonitor\\_2006.html](http://www.insm.de/Interaktiv/Inhalte/Bildungsmonitor_2006.html)

Podiumsgespräch und Expertenfrage:

## Zwei Professoren im Clinch über das Thema Mindestlohn – breite Expertenmehrheit dagegen

Berlin – Gegensätzlicher konnten die Positionen beim INSM-Podium „Streitfall Mindestlohn“ am 29. November in Berlin nicht sein. „Ich bin klarer Befürworter eines Mindestlohns von 7,50 Euro“, erklärte Professor Rudolf Hickel, prominenter Vertreter der nachfrageorientierten Richtung in der Ökonomie. Hickel bezog sich dabei auf die seiner Meinung nach „hervorragenden Erfahrungen“ mit Mindestlöhnen in Großbritannien. Dem widersprach Professor Klaus F. Zimmermann, Chef des DIW, Vertreter der angebotsorientierten Schule. Der Professor warnte davor, dass gering Qualifizierte kaum noch Jobs bekämen, wenn ein branchenübergreifender Mindestlohn in dieser Höhe eingeführt werde.

Am Folgetag berichtete unter anderem die Süddeutsche Zeitung über den verbalen Schlagabtausch der beiden Professoren. Ging deren Streitgespräch nach dem Urteil vieler Zuhörer noch remis aus, so zeigte eine im Rahmen der Veranstaltung vorgestellte INSM-Umfrage unter führenden Wirtschaftswissenschaftlern doch deutlich, dass die Ökonomen mehrheitlich wenig von einer staatlich verordneten Lohnuntergrenze halten. So titelte die Süddeutsche denn auch: „Breite Skepsis gegen Mindestlohn“.

### Die Ergebnisse des INSM-Professoren-Panels im Einzelnen:

Drei Viertel der befragten Ökonomen im Professoren-Panel der INSM befürchten, dass die Beschäftigung im Falle der Einführung eines branchenübergreifenden Mindestlohns zurückgehen würde. 94 Prozent meinen, dass eine staatlich verordnete Lohnuntergrenze die Beschäftigungschancen für gering Qualifizierte sinken lasse. 82 Prozent glauben, dass dadurch Schwarzarbeit gefördert werde. Kein einziger am Panel beteiligter Ökonom hält den Mindestlohn für ein „wichtiges Instrument zur Vermeidung von Lohndumping“.

### Breite Skepsis gegen Mindestlöhne

uhl. Berlin – Deutschlands führende Wirtschaftswissenschaftler bleiben gegenüber Mindestlöhnen überaus skeptisch.

Bericht der Süddeutschen Zeitung über das INSM-Professoren-Panel.

INSM-Geschäftsführer Max A. Höfer verwies in einem Kommentar zu den Ergebnissen des Panels darauf, dass es im Baugewerbe bereits seit längerem einen Mindestlohn gebe. Verhindert habe dieser das

Lohndumping nicht. Ebenso wenig habe er die Schwarzarbeit eingedämmt. Zudem erklärten Unternehmerverbände der Berliner Bauwirtschaft, dass der Mindestlohn mit daran Schuld sei, „dass die Zahl der mittelständischen Bauunternehmen rapide gesunken ist“.

Internet: [http://www.insm.de/Veranstaltungen/Rueckblick\\_2006/Rueckblick\\_2006/Streitfall\\_Mindestlohn\\_Hickel\\_versus\\_Zimmermann.html](http://www.insm.de/Veranstaltungen/Rueckblick_2006/Rueckblick_2006/Streitfall_Mindestlohn_Hickel_versus_Zimmermann.html)

Viertes Bundesländerranking von INSM und WiWo:

## Das Saarland gewinnt vor Bayern und Thüringen

Köln - Das Saarland ist Dynamiksieger des Bundesländerrankings 2006. Zum nunmehr vierten Mal lassen INSM und WirtschaftsWoche diese wissenschaftliche Studie durchführen. Auf den Spitzenplatz kam das Saarland vor allem durch den massiven Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes, das zwischen 2003 und 2005 um 6,1 Prozent zunahm und damit weit über dem bundesdurchschnittlichen Anstieg von 2,3 Prozent liegt.

Rang zwei im Dynamikranking 2006 belegt Bayern, das sich in den letzten Jahren konsequent weiter nach oben gearbeitet hat. Verantwortlich für diesen Sprung nach vorn ist die hervorragende Entwicklung in den Bereichen „Arbeitsmarkt“, „Wohlstand“ und „Struktur“. Für die größte Überraschung im Dynamikranking sorgte der Freistaat Thüringen, der sich bei der wirtschaftlichen Dynamik noch vor Baden-Württemberg auf den dritten Platz schieben konnte. Thüringen punktete vor allem mit dem Zuwachs der Arbeitsproduktivität.

Eine Überraschung aus den Neuen Bundesländern bot das Ranking auch in der zweiten Tabellenhälfte: Mecklenburg-Vorpommern hatte im Vorjahr noch die schwächste Wirtschaftsdynamik gezeigt. ➤



INSM-Disput in Berlin: Die Professoren Hickel und Zimmermann, in der Mitte Dr. Ursula Weidenfeld vom Tagesspiegel.

Aktuell hat sich der strukturschwache Nordstaat auf Platz 9 vorgekämpft.

Neben dem Dynamikranking, das die Veränderungen im Zeitraum von 2003 bis 2005 ausweist, gibt die Studie im Bestands-Ranking zusätzlich Auskunft über das aktuelle Wirtschafts- und Wohlstandsniveau der Bundesländer. Bei dieser Status-Quo-Messung liegen wie im vergangenen Jahr die wirtschaftsstarke Südländer vorn: Bayern vor Baden-Württemberg und Hessen.

Ökonomen der IW Consult GmbH Köln erstellten die Studie exklusiv für WiWo und INSM. Sie vergleichen dabei die deutschen Bundesländer anhand von 33 ökonomischen und standortrelevanten Indikatoren: vom Bruttoinlandsprodukt bis zur Investitionsquote.

**Alle Downloads zum Bundesländer-Ranking:**

[http://www.insm.de/Presse/Pressemeldungen/Pressemeldungen/Downloads\\_zum\\_Bundeslaenderranking\\_2006.html](http://www.insm.de/Presse/Pressemeldungen/Pressemeldungen/Downloads_zum_Bundeslaenderranking_2006.html)



**Saarland am dynamischsten**  
NRW belegt bei Ranking nur Platz elf  
Berlin (AP/fr). Das Saarland 2005 unter... ist einer wissenschaftlichen Studie zufolge das wirtschaftlichste Bundesland im Auftragsranking der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und der Wirtschaftswissenschaften in der Fol...

**Das Saarland sticht den Freistaat aus**  
Bayern belegt mit 56,3 Punkten Platz zwei im vierten wissenschaftlichen Bundesländerranking der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Die öffentliche Haushalte des Freistaats. Laut INSM-Studie kommt Bayern hier nur auf Platz 13 im Vergleich zu den anderen Bundesländern. Auch beim Ausbildungsplatzangebot belegt der Freistaat mit Platz...

**Ländervergleich: Bayern am besten, doch das Saarland ist dynamischer**  
Freistaat glänzt bei der Beschäftigung...

**Bronze für Thüringen**  
Im Ranking zur Wirtschaftsdynamik schob sich der Freistaat auf Platz drei vor Baden-Württemberg. Mit einem kräftigen Sprung vom siebten auf den dritten Platz in der Wirtschaftsdynamik übertraf Thüringen in einem aktuellen bundesweiten Vergleich. Nur...

**Der Gewinner**  
Peter Müller (50), CDU-Ministerpräsident des Saarlandes, kann sich freuen: Sein Bundesland wurde schon zum zweiten Mal von der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und der Wirtschaftswissenschaften zum „wirtschaftsdynamischsten Bundesland“ gewählt. Müller: „Das ist ein Erfolg der Unternehmen, Arbeitnehmer – und der Politik.“ Müller: Kleines Land ganz groß!

*Einige Beispiele aus der bundesweiten Presseresonanz auf das Länderranking.*

**Fünfte Ludwig-Erhard-Lecture mit Jean-Claude Trichet:  
Wie Europa zu mehr Wachstum kommt**

Berlin – Selten sah man Hans Tietmeyer so gerührt wie am 16. Oktober bei der V. Ludwig-Erhard-Lecture der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Diese fand statt zu Ehren von Tietmeyers 75. Geburtstag. 350 Anwesende hörten zu, wie Hauptredner Jean-Claude Trichet, Präsident der Europäischen Zentralbank, zugleich Vertrauter und Freund des früheren Bundesbankpräsidenten, seinen „Freund Hans“ ansprach: „Ich schätze mich persönlich glücklich und bin stolz



*Jean-Claude Trichet als Hauptredner bei der V. Ludwig Erhard-Lecture der INSM am 16. Oktober 2006 in Berlin.*

darauf, seit über 20 Jahren zu seinen Freunden zu zählen“, erklärte der Zentralbanker. Trichet weiter: „Hätten im Jahre 1999 nicht Führungspersonlichkeiten wie Hans eine gemeinsame Vision für die Zukunft Europas gehabt, hätten nicht elf europäische Staaten die gemeinsame Währung eingeführt.“

Im wirtschaftspolitischen Teil seiner Rede forderte Trichet eine konsequente Wachstumssteigerung als „höchste Priorität für Europa“. Sie sei Voraussetzung für die langfristige Wettbewerbsfähigkeit Europas im internationalen Vergleich und die „Verbesserung des europäischen Lebensstandards.“ Den Mangel an grundlegenden Strukturreformen machte Jean-Claude Trichet verantwortlich für die bescheidenen europäischen Wachstumsraten der vergangenen Jahre und forderte Reformen, um Europa auf einen mit den Vereinigten Staaten vergleichbaren Wachstumspfad zu bringen. Unter anderem verlangte Trichet den „Abbau von Regulierung und die Steigerung von Wettbewerb“ sowie die Schaffung eines wirtschaftsfreundlichen Umfeldes: Kleinen und mittelständischen Unternehmen müsse der „Zugang zu finanziellen Mitteln erleichtert werden.“ Trichet unterstrich zudem die Bedeutung von Investitionen in Bildung und Forschung.



Auch Gesamtmetall-Präsident Martin Kannegieser dankte Hans Tietmeyer für sein Lebens- ➤

*Herzliches Wiedersehen: Jean-Claude Trichet mit Maria-Theresa Tietmeyer. Im Hintergrund Professor Hans Tietmeyer und INSM-Botschafter Professor Roland Berger.*



Erste Reihe bei der Ludwig-Erhard-Lecture. Otto Graf Lambsdorff, Maria-Therese Tietmeyer, Hans Tietmeyer im Gespräch mit Jean-Claude Trichet, Martin Kannejesser im Dialog mit Journalist Lutz Eigendorf (FTD).



Dieter Rath präsentiert das EURO-Sonderheft zum Geburtstag von Hans Tietmeyer.

werk. Er nannte es einen „Glücksfall“, dass dieser sich an die Spitze der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft gestellt habe, da ihm die Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft „ein Herzensanliegen“ sei.

Der frühere Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff, für den Hans Tietmeyer als Abteilungsleiter Grundsatzfragen tätig war, bezeichnete diesen als „ordnungspolitischen Anker“ im Bundeswirtschaftsministerium.

Zur aktuellen Politik merkte der FDP-Politiker an, dass sich Deutschland immer mehr zu einem „staatsbestimmten Mischsystem“ wandle. „Was uns heute geboten wird, hat mit Sozialer Marktwirtschaft nichts zu tun“, so der frühere Bundeswirtschaftsminister.

**EURO-Sonderheft zum 75. Geburtstag von Hans Tietmeyer**

Zum Geburtstag veröffentlichte die INSM gemeinsam mit der Finanzzeitschrift EURO eine Sonderausgabe des Magazins, die das Leben und Wirken Tietmeyers würdigte. Das Sonderheft enthält zahlreiche Beiträge von Weggefährten, Freunden und Angehörigen Tietmeyers - darunter Bundespräsident Dr. Horst Köhler, EZB-Präsident Jean-Claude Trichet,



Gerührt: INSM-Kuratoriumsvorsitzender Hans Tietmeyer bedankte sich für die Ehrungen.

Karl Kardinal Lehmann, Altbundeskanzler Helmut Kohl, Graf Lambsdorff sowie Hans Tietmeyers Bruder Albert Tietmeyer und seiner Ehefrau Maria-Therese.

Die Redebeiträge der Ludwig Erhard-Lecture sind in einer Broschüre dokumentiert, die kostenlos bei der INSM bestellt werden kann. Auch das EURO-Sonderheft ist kostenfrei bei der INSM erhältlich.

Internet: [http://www.insm.de/Veranstaltungen/Rueckblick\\_2006/Rueckblick\\_2006/Veranstaltungsrueckblick\\_\\_V\\_Ludwig\\_Erhard-Lecture.html](http://www.insm.de/Veranstaltungen/Rueckblick_2006/Rueckblick_2006/Veranstaltungsrueckblick__V_Ludwig_Erhard-Lecture.html)

**INSM-Anzeigen:**

**Zur Gesundheitsreform fällt uns rein gar nichts mehr ein! Und andere Motive ...**

Köln – Erstmals veröffentlichte die INSM am 10. und 11. November in den Zeitungen FAZ, Welt, Tagesspiegel und Süddeutsche Zeitung eine Anzeige, auf der nichts anderes zu sehen ist als eine leere Fläche und der Satz: „Hier sehen Sie alle, die von der Gesundheitsreform profitieren“ – eben niemand!



**Entweder Deutschland wächst oder die Unterschicht.**

Wachstum bringt Arbeit. Arbeit hält die Gesellschaft zusammen.



**INITIATIVE**   
Neue Soziale Marktwirtschaft

„Entweder Deutschland wächst oder die Unterschicht.“ Mit dieser provozierenden Überschrift verwies die INSM in einer am 20. Oktober bundesweit in Tageszeitungen geschalteten Anzeige darauf, dass nur Wachstum Chancen auf neue Beschäftigung bringt, dies auch für geringer Qualifizierte, denen sonst weiterer sozialer Abstieg drohe. „Wachstum bringt >

Arbeit – Arbeit hält die Gesellschaft zusammen“, heißt es im Text weiter. Eine Grafik in der Anzeige zeigte, wie viel dynamischer sich die Wirtschaft innerhalb der Europäischen Union im Vergleich zu Deutschland entwickelt hat.

DIW-Präsident Professor Klaus Zimmermann nahm am 27. September in einer in der Süddeutschen Zeitung veröffentlichten INSM-Anzeige Stellung zu Deutschlands Wachstumsproblemen. Seine Botschaft an die Verantwortlichen in Berlin: „Der Erfolg der Politik lässt sich am Wachstum messen.“



„Deutschland...“, „Deutschland braucht...“, „Deutschland braucht mehr Wachstum“ – in einer dreiteiligen Anzeige der INSM macht Angela Merkel – natürlich nur in einer scherzhaften Fotomontage – Klimmzüge für mehr Wachstum. Ein heiteres Motiv mit ernstem Hintergrund, denn Deutschland braucht mehr wirtschaftliche Dynamik, damit neue Jobs möglich werden. Das Motiv wurde am 18. September unter anderem in der FAZ sowie im Focus veröffentlicht.



Für mehr Wachstum und Beschäftigung ließ die INSM die Kanzlerin in einer scherzhaften Fotomontage Klimmzüge machen.

Dauerstudie von INSM und WiWo:

## Merkelmeter-Bilanz nach einem Jahr Merkel-Müntefering ist mau

Köln – Seit dem Amtsantritt der Großen Koalition lassen Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und WirtschaftsWoche den Gesetzgebungsprozess der Bundesregierung wissenschaftlich analysieren und bewerten. Zentrale Frage: Was leistet die Koalition Merkel-Müntefering wirklich für Wachstum und Beschäftigung? Mitte November erfuhr die vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) durchgeführte Dauerstudie ihr jüngstes Update – zum Jahrestag des am 18. November unter Dach und Fach gebrachten Koalitionsvertrages. Der Rückblick auf zwölf Monate Schwarz-Rot zeichnete ein dürftiges Bild: Nur 4,6 Prozent des Weges zu mehr Wachstum und Be-

Die Website des Merkelmeters: [www.merkelmeter.de](http://www.merkelmeter.de).

schäftigung hat die Bundesregierung zurückgelegt. 100 Prozent – das wäre ein bis zum regulären Ende der Legislaturperiode erreichbares Reformoptimum, das Wissenschaftler des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln vor der Bundestagswahl 2005 definiert hatten. Für den Fall der Umsetzung dieser Agenda halten die Wissenschaftler eine Million neue Jobs und jahresdurchschnittliche Wachstumsraten von 2 Prozent für möglich.

Doch von diesem Reformoptimum ist die Bundesregierung noch weit entfernt. „Mit Babyschritten, die zudem mal vorwärts und mal rückwärts gehen, ist der Sprung nach vorn nicht zu schaffen“, sagt der Ökonom Dr. Benjamin Scharnagel, Autor der Studie.

### Plus- und Minuspunkte in der Merkelmeter-Jahresbilanz:

Für Auftrieb im Merkelmeter sorgten:

- Die Beitragssenkung in der Arbeitslosenversicherung. Allerdings, so Scharnagel, dürfe hier nicht verschwiegen werden, dass diese Senkung durch eine drastische Mehrwertsteuererhöhung mitfinanziert wird und dass gleichzeitig Renten- und Krankenkassenbeiträge steigen werden.
- Die Föderalismusreform: Hier sei der Gordische Knoten in den komplizierten Beziehungen zwischen Bund und Ländern wenigstens teilweise gelockert worden. Bislang fehlt aber die Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern.
- Die Unternehmenssteuerreform: Soweit bisher absehbar bringt die Reform, die die tarifliche Steuerbelastung der Unternehmen >



Prima Klima in der Koalition – doch stimmt die Leistung?

in Deutschland auf unter 30 Prozent senken soll, die Chance, dass sich die Rahmenbedingungen für Unternehmen verbessern.

- Die Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters auf 67 Jahre. Diese trägt den demografischen Notwendigkeiten Rechnung. Das ist ein wichtiger Schritt zur Sicherung der Gesetzlichen Rente und zur Entlastung künftiger Generationen.
- Die Reform der Erbschaftsteuer, die auf Verbesserungen bei der Unternehmensnachfolge hoffen lässt.

**Für Abtrieb im Merkelmeter sorgen:**

- An erster Stelle eine verunglückte Gesundheitsreform: Denn diese bringt weniger Wettbewerb und neue Kosten.
- Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (früher: Anti-Diskriminierungsgesetz): Denn es errichtet neue Beschäftigungshürden auf dem Arbeitsmarkt.
- Die kommende Mehrwertsteuererhöhung: Diese wird im kommenden Jahr das Wachstum nach vorliegenden Prognosen zwar nicht zum Erliegen bringen, aber doch deutlich dämpfen. Sie wäre zudem nach Auffassung des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln vermeidbar gewesen, wenn die Koalition zum Beispiel Subventionen entschlossener abbauen würde, um Staatsausgaben zu sparen.

**Merkelmeter im Internet:** [www.merkelmeter.de](http://www.merkelmeter.de)

**Online-Rechner und neue Portale:**

**Internet-Initiativen der INSM**

**Abgeltungssteuerrechner**

Mit dem am 30. Oktober vorgestellten Abgeltungssteuerrechner kann jeder in Sekundenschnelle die Folgen der von Schwarz-Rot geplanten neuen Abgeltungssteuer für den persönlichen Geldbeutel berechnen. Standpunkt der INSM: Die Abgeltungssteuer ist im Prinzip gut, weil sie Vereinfachung bringt. Aber der geplante Steuersatz belastet Geringverdiener zu stark.



*Der Abgeltungssteuerrechner*

**Internet:** [www.insm-abgeltungssteuerrechner.de](http://www.insm-abgeltungssteuerrechner.de)

**Merkelrechner**

Unter der Adresse [www.insm-merkelrechner.de](http://www.insm-merkelrechner.de) ist seit 17. Dezember ein neuer Internet-Rechner im Web verfügbar. Entwickelt wurde er am Institut von Professor Bernd Raffelhüschen. Die Bedienung dieses Merkelrechners ist einfach: Man füllt die Felder aus, in denen



*Neues INSM-Tool im Netz: Der Merkelrechner schafft auf einen Klick Überblick, wie die Abgabenbelastung heute im Vergleich zu früher aussieht.*

z. B. nach Einkommen, Krankenkasse oder auch die Länge des Weges zur Arbeit gefragt wird und kann sich mit wenigen Mausklicks seine Abgabenbelastung ausrechnen lassen – und zwar so, wie sich diese ab 2007 darstellt sowie zu Zeiten Erhards oder der rot-grünen Koalition Gerhard Schröders. Raffelhüschen: „Der Rechner zeigt jedem einzelnen, um wie viel sich seine persönlichen Steuern, Abgaben und staatlichen Transferzahlungen unter der Großen Koalition verändert haben. Nicht auf den Euro genau, aber annähernd genau.“ In die Berechnungen gehen unter anderem ein: die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 19 Prozent, die Erhöhung der Versicherungssteuer auf 19 Prozent, die Anhebung des Krankenkassenbeitragssatzes um 0,7 Prozentpunkte, die Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung um 2,3 Prozentpunkte, der Wegfall der Eigenheimzulage sowie die Einführung des Elterngeldes.

**Dossier Studiengebühren**

Im Wintersemester 2006/2007 führen sieben Bundesländer Studiengebühren ein. Durchschnittlich 500 Euro sollen Studenten dann pro Semester berappen. Im Dossier



„Studiengebühren“ hat die INSM umfassende Informationen zum Thema „Studiengebühren“ ins Netz gestellt. Hier erfahren Sie alles zu Studienkrediten und lesen die Argumente von Gegnern und Befürwortern von Studiengebühren.

**Internet:** [www.insm.de/Bildung.html](http://www.insm.de/Bildung.html)

**Dossier Wachstum**

Führende Ökonomen sind sich einig darin, dass Deutschlands Wirtschaft wachstumsstärker werden muss. Nur nachhaltiges Wachs- ➤



tum bringt Chancen auf neue Arbeitsplätze, eröffnet die Möglichkeit, Staatsschulden zurückzuführen und bringt neue Einnahmen für die sozialen Sicherungssysteme. Wie

sind andere Industrieländer zu mehr Wachstum gekommen? Und wie kann auch Deutschland dynamischer werden? Das neue Dossier Wachstum auf [www.insm.de](http://www.insm.de) bietet eine Fülle von Informationen zu diesen Fragen.

**Internet:**

[http://www.insm.de/Reformpolitik/Dossier\\_Wachstum.html](http://www.insm.de/Reformpolitik/Dossier_Wachstum.html)

### INSM-Tagebuch

Den wohl schnellsten Überblick, was bei der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft aktuell los ist, bietet das INSM-Tagebuch. Kurze Meldungen verlinken zu tiefer gehenden Inhalten.



Im Netz zu finden unter [www.insm-tagebuch.de](http://www.insm-tagebuch.de).

### RSS-Feed:

#### Automatisch wissen, was bei der INSM im Web läuft

Sie wollen stets automatisch und aktuell über alle Termine, Veranstaltungen und neuen Aktionen der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft informiert sein? Nutzen Sie den kostenlosen RSS-Newsfeed der INSM! Die Abkürzung RSS steht für „Really Simple Syndication“. Diese Technologie ermöglicht es, alle Inhalte der INSM-Webseite zu abonnieren. Alle neu auf der Homepage der INSM veröffentlichten Inhalte werden Ihnen dann über RSS automatisch zugeschickt. Bei diesem Format wird auf die Darstellung von Bildern oder Layout verzichtet. Vorteil für den Nutzer: Sie müssen die interessierenden Webseiten nicht mehr separat aufrufen, sondern können alle Nachrichten zentral abrufen und sortieren.

Um RSS-Dateien empfangen zu können, benötigen Sie einen RSS-Reader oder einen RSS-fähigen Browser. Geben Sie die folgende Adresse in Ihren RSS-Newsreader ein:

RSS: <http://www.insm.de/rssfeed>

ATOM: <http://www.insm.de/atomfeed>

Unter der Adresse <http://www.insm.de/Service/RSS-Newsfeed.html> finden Sie eine Übersichtsseite, die weitere Informationen enthält.

## Gesundheits-Podium von INSM und Neue Westfälische: Sprechstunde mit Bernd Raffelhüschen in Bielefeld



*Bernd Raffelhüschen als Referent auf dem Podium der Neuen Westfälischen in Bielefeld.*

**Bielefeld** - In Kooperation mit der Tageszeitung Neue Westfälische organisierte die INSM am 21. September einen Auftritt von Professor Bernd Raffelhüschen in Bielefeld. Die Sprechstunde mit dem Freiburger Professor und Demografieexperten bewegte sich rund um die Reformen im Gesundheitswesen. Raffelhüschen forderte mehr Qualität, mehr Wettbewerb und mehr Eigenverantwortung. Der Auftritt des INSM-Beraters hatte bereits vor der Veranstaltung Reformgegner der regionalen Attac-Gruppe auf den Plan gerufen, die vor dem Gebäude Flugblätter an die Besucher verteilten.

Drinnen im Saal gelang es dem gelockten Gelehrten mit lockeren Formulierungen schnell, die rund 270 Zuschauer in seinen Bann zu ziehen. Mit Sätzen wie solchen: „Egal, ob Kopfpauschale oder Bürgerversicherung – unser Problem ist, dass wir seit den 70er Jahren zu wenig Köpfe und zu wenig Bürger produziert haben.“ Damit sprach Raffelhüschen die Alterung der Bevöl- ➤



*Rund 270 Zuschauer in der alten Spinnerei verfolgten die Ausführungen von Bernd Raffelhüschen.*



Resonanz auf das INSM-Gesundheitspodium in Bielefeld.

[http://www.insm.de/Veranstaltungen/Rueckblick\\_2006/Rueckblick\\_2006/Bericht\\_ueber\\_die\\_Sprechstunde\\_mit\\_Bernd\\_Raffelhueschen\\_in\\_Bielefeld.html](http://www.insm.de/Veranstaltungen/Rueckblick_2006/Rueckblick_2006/Bericht_ueber_die_Sprechstunde_mit_Bernd_Raffelhueschen_in_Bielefeld.html)

kerung an: Immer mehr Ältere beziehen Leistungen aus dem Gesundheitssystem. Gleichzeitig zahlen aber immer weniger Jüngere Beiträge in dieses System ein.

Einen Bericht über die Veranstaltung finden Sie hier:

[http://www.insm.de/Veranstaltungen/Rueckblick\\_2006/Rueckblick\\_2006/Bericht\\_ueber\\_die\\_Sprechstunde\\_mit\\_Bernd\\_Raffelhueschen\\_in\\_Bielefeld.html](http://www.insm.de/Veranstaltungen/Rueckblick_2006/Rueckblick_2006/Bericht_ueber_die_Sprechstunde_mit_Bernd_Raffelhueschen_in_Bielefeld.html)

Fachinstitut GPI zeichnet INSM-Bildungsportal aus:

## „Comenius EduMedia-Siegel“ für [www.wirtschaftundschule.de](http://www.wirtschaftundschule.de)

Köln – Das Schulportal [www.wirtschaftundschule.de](http://www.wirtschaftundschule.de) der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist mit dem „Comenius EduMedia-Siegel“ ausgezeichnet worden. Die INSM habe dieses Qualitätssiegel „nach eingehender Prüfung unter Anwendung der Testkriterien des Institutes für Bildung und Medien der GPI, Berlin“ erhalten, so die in Berlin ansässige Gesellschaft für Pädagogik und Information, (GPI).

Die GPI fördert über die Comenius-EduMedia-Awards pädagogisch, inhaltlich und gestalterisch besonders wertvolle didaktische Multimediaprodukte.



Damit, so der Vorstandsvorsitzende der GPI, Univ.-Prof. Dr. Dr. Gerhard E. Ortner, „werden moderne Bildungsmedien prämiert, bei denen die Inhalte und nicht die Technik im Vordergrund stehen“. Ortner ist Professor am Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Personalwirtschaft und Unternehmenskommunikation der Fern-Universität Hagen.

„Wir fühlen uns durch die Auszeichnung in unserer wirtschaftsorientierten Bildungsarbeit bestätigt“, kommentiert INSM-Geschäftsführer Max A. Höfer die Auszeichnung, Gerade im Bereich Wirtschaft seien die staatlicherseits angebotenen Unterrichtsinhalte noch lückenhaft. Hier will die INSM mit ihren Angeboten helfen.

[www.wirtschaftundschule.de](http://www.wirtschaftundschule.de) ist ein wissenschaftlich betreutes Online-Portal, das Schulen und Lehrern Unterrichtsinhalte bereitstellt.

## PERSONALIEN:

Ulrike Nasse-Meyfarth mit neuer Website:

### Hochsprunglegende geht online

Köln - Die zweifache Goldmedaillengewinnerin Ulrike Nasse-Meyfarth ist mit einer eigenen Website online gegangen. Ulrike Nasse-Meyfarth informiert darin über ihre sportlichen Erfolge, aber auch über ihre aktuellen trainierenden und gesellschaftlichen Aktivitäten.



Im Förderverein der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft engagiert sich Ulrike Nasse-Meyfarth für Reformen in Deutschland.

Internet: <http://www.ulrike-meyfarth.de/>

## Ausblick:

Streitgespräch über Freiheit und Gerechtigkeit:

### Abtprimas Notker Wolf versus Gewerkschafterin Ursula Engelen-Kefer

Berlin – Mit Abtprimas Dr. Notker Wolf und der Gewerkschafterin Dr. Ursula Engelen-Kefer treffen am 19. Dezember, 18.30 Uhr, bei einem INSM-Podium im Roten Rathaus Berlin zwei Denkrichtungen in der Sozialdebatte aufeinander. Der Benediktiner-Pater Notker Wolf fordert als Autor des Buches „Worauf warten wir? Ketzerische Gedanken zu Deutschland“ einen Abschied vom Sozialstaatsdenken der 60er und 70er Jahre. Zitat Wolf: „Wir müssen den Staat aus der Verantwortung für unser persönliches Lebensglück entlassen.“ Die Wurzel der Probleme sieht Notker Wolf in der 68er-Bewe- ➤



Gewerkschafterin Ursula Engelen-Kefer wirbt für einen umfassenden Sozialstaat, Abtprimas (und Hobby-Gitarrist) Notker Wolf setzt auf Eigenverantwortung.

gung. Die aus dieser Zeit bis heute nachwirkende Staatsgläubigkeit müsse über Bord geworfen werden.

Die frühere stellvertretende DGB-Chefin Ursula Engelen-Kefer gilt als Protagonistin der in den 70er Jahren entwickelten Vorstellung eines umfassenden Sozialstaates. Zitat Engelen-Kefer: „Soziale Gerechtigkeit darf kein Restposten sein nach dem Motto: Erst kommt die Wirtschaft und dann die Gerechtigkeit.“

Der Termin findet statt als Kooperation mit dem Berliner Tagesspiegel. Die Moderation übernehmen Ursula Weidenfeld, stellvertretende Chefredakteurin des Tagesspiegel, und Andreas Schneider, Moderator beim rbb-Fernsehen.

#### Forum Föderalismus

### Günther Oettinger und Peter Müller diskutieren über Finanzfragen

Zum zweiten Forum Föderalismus laden WirtschaftsWoche und Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft für den 29. Januar 2007 nach Berlin ein. Auf dem Podium im Mariott-Hotel (Saal Berlin 1, Inge-Beisheim-Platz 1, 10785 Berlin) sitzen Peter Müller, Ministerpräsi-

dent des Saarlandes, und Günther Oettinger, Regierungschef in Baden-Württemberg. Müllers Saarland war Dynamiksieger beim Bundesländer-Ranking von WiWo und INSM. Baden-Württemberg liegt beim absoluten Niveau hinter Bayern auf Platz 2.

Klaus Methfessel, stellvertretender Chefredakteur der WirtschaftsWoche, wird das Podium moderieren. Insbesondere soll es um die Finanzbeziehungen zwischen den Bundesländern gehen. Im Länderfinanzausgleich ist das Saarland Nehmerland, während Baden-Württemberg zu den Gebern zählt. Die Frage des Finanzausgleichs ist bei der jüngsten Föderalismusreform ausgeklammert worden. Natürlich sind vor allem die reicheren Geberländer an einer Neuordnung interessiert. Zitat Oettinger: „Wir brauchen mehr Leistungsanreize, damit sparsame Haushaltsführung oder auch Innovation, gute Wirtschaftspolitik, Wachstum der Wirtschaft sich im Lande lohnen und nicht die anderen fast 100 Prozent der Vorteile haben, die in Baden-Württemberg, in Bayern, in Hessen, Hamburg und auch Nordrhein-Westfalen entstehen.“ Saarlunds Ministerpräsident Peter Müller (CDU) wies den Vorwurf mangelnder Sparanstrengungen nach einem Bericht der Zeitung WELT zurück. Sein Land habe bei denjenigen Ausgaben, die es selbst beeinflussen kann, die niedrigsten Pro-Kopf-Ausgaben aller Bundesländer und befinde sich unverschuldet in einer Haushaltsnotlage. Einlass nur auf Einladung ab 12.30 Uhr.



*Peter Müller, Regierungschef im Saarland (links), zeigt nach den INSM-Rankings zwar eine gute wirtschaftspolitische Performance. Dennoch gehört das traditionell strukturschwache Saarland nach wie vor zu den Nehmern im Länderfinanzausgleich und profitiert von Zahlungen reicher Länder. Dazu gehört auch das von Günther Oettinger regierte Baden-Württemberg.*



#### Impressum:

Initiative Express wird herausgegeben von der

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Konzept/Redaktion:

Carsten Seim, (0221) 4981 403; seim@insm.de

Fotos: dpa (6), Thomas Scheidt (3), Dominik Asbach (1), Nikola (5), INSM

Verantwortlich:

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Geschäftsführung: Max A. Höfer, Dieter Rath

Gustav-Heinemann-Ufer 84-88, 50968 Köln

Telefon: (0221) 4981 401, Fax: (0221) 4981 406

E-Mail: info@insm.de

## Meissners Weihnachts-Cartoon



Warum nicht einmal in Ruhe ...



... über mehr Wachstum nachdenken?

# Initiative Express - künftig elektronisch!

Liebe Leserinnen und Leser,

viele von Ihnen haben den Newsletter und andere Publikationen der INSM bisher auf dem Postweg in gedruckter Form erhalten. Um Sie künftig noch schneller und auch in höherer Frequenz als bisher mit den aktuellsten Nachrichten unseres Reformnetzwerks versorgen zu können, werden wir diesen Initiative Express auf einen elektronischen Vertriebsweg umstellen. Sie bekommen diese Publikation somit als PDF per E-Mail. Der Weg dahin ist ganz einfach! Senden Sie uns dieses Formular ausgefüllt per Fax oder per Mail.

Name

PLZ/Ort

Funktion

Telefon

Redaktion

Fax

Straße/Nr.

E-Mail

**Faxkontakt 0221/49 81 406**

**Mailkontakt: [info@insm.de](mailto:info@insm.de)**

**Sie können den elektronischen Newsletter auch online bestellen. Und zwar unter dem Link:  
[www.insm.de/Express](http://www.insm.de/Express)**

### Initiative zeigen für Reformen – die INSM im Internet

[www.insm.de](http://www.insm.de) · [www.merkelmeter.de](http://www.merkelmeter.de) · [www.vision-d.de](http://www.vision-d.de) · [www.merkelrechner.de](http://www.merkelrechner.de) · [www.insm-tagebuch.de](http://www.insm-tagebuch.de) · [www.insm-regionalranking.de](http://www.insm-regionalranking.de)  
[www.wirtschaftundschule.de](http://www.wirtschaftundschule.de) · [www.wassollwerden.de](http://www.wassollwerden.de)

**Bitte ausfüllen und unterschrieben zurück an:**

**Förderverein  
Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft e.V.  
Gustav-Heinemann-Ufer 84-88**

**50968 Köln**

**Antrag auf Mitgliedschaft im Förderverein Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft e.V.**

Hiermit beantrage ich die Mitgliedschaft im Förderverein Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft e.V. als

**a) natürliche Person:**

\_\_\_\_\_  
(Titel), Name, Vorname

\_\_\_\_\_  
Geburtsdatum                      Beruf

\_\_\_\_\_  
Straße, Hausnummer

\_\_\_\_\_  
Postleitzahl, Ort

\_\_\_\_\_  
Telefon                              Fax

\_\_\_\_\_  
E-Mail

**b) juristische Person:**

\_\_\_\_\_  
Anschrift der Firma (Anstalt, Körperschaft u.a.)

\_\_\_\_\_  
Vertreten durch (Titel), Name, Vorname

\_\_\_\_\_  
Straße, Hausnummer

\_\_\_\_\_  
Postleitzahl, Ort

\_\_\_\_\_  
Telefon                              Fax

\_\_\_\_\_  
E-Mail

Die Satzung des Fördervereins Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft e.V. habe ich zur Kenntnis genommen und erkenne sie an.

Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von \_\_\_\_\_ Euro wird überwiesen/soll abgebucht werden.

Ich bin/wir sind damit einverstanden, dass die personenbezogenen Daten zum Zwecke der Gewährleistung der Vereinsarbeit vom Vorstand erhoben werden.

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

## Höhe der Mitgliedsbeiträge:

Der Mitgliedsbeitrag im Förderverein Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft e.V. beträgt derzeit für

a) Privatpersonen/juristische Personen: 72,00 Euro pro Jahr

b) ermäßigte Privatpersonen\*: 36,00 Euro pro Jahr

Es besteht die Möglichkeit, den Förderverein Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft e.V. über den Mindestbeitrag hinaus zu unterstützen.

Bitte informieren Sie uns über den einzuziehenden Gesamtbetrag.

Die Mitgliedsbeiträge sind Jahresbeiträge und bis zum 31. März eines jeden Jahres an den Förderverein zu entrichten.

\*Auf Antrag an den Vorstand wird für Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten, Auszubildende, Zivildienst- und Wehrdienstleistende der Mitgliedsbeitrag ermäßigt.

## Bankverbindung:

Deutsche Bank AG, Köln

BLZ 370 700 60

Konto-Nr.: 666 666 3

Wir sind eine verhältnismäßig kleine Institution mit begrenzten Ressourcen. Deshalb müssen wir die Verwaltung des Fördervereins so zeitsparend wie möglich organisieren. Somit wären wir Ihnen dankbar, wenn Sie uns gestatten, Ihren jährlichen Mitgliedsbeitrag per Bankeinzug abzubuchen.

---

## Förderverein Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft e.V.

### Einzugsermächtigung:

Hiermit ermächtige ich den Förderverein Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft e.V. widerruflich, meinen Mitgliedsbeitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos mittels Lastschrift einzuziehen.

Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Geldinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung.

\_\_\_\_\_  
Beitrag (jährlich)

\_\_\_\_\_  
Telefon

\_\_\_\_\_  
(Titel) Name, Vorname

\_\_\_\_\_  
Fax

\_\_\_\_\_  
Geburtsdatum

\_\_\_\_\_  
E-Mail

\_\_\_\_\_  
Beruf

\_\_\_\_\_  
Geldinstitut

\_\_\_\_\_  
Straße, Hausnummer

\_\_\_\_\_  
Bankleitzahl

\_\_\_\_\_  
Postleitzahl, Ort

\_\_\_\_\_  
Konto-Nr.

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift: